Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 460 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Freitag, 7. Oktober

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 8,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Das Wiesbadener Abkommen unterzeichnet

w. Berlin, 6. Oktober. (Sonderdepesche.) Minister Dr. Rathenau und Minister Loucheur haben heute in Wiesbaden in Vollmacht ihrer Regierungen das Abkommen über deutsche Sachlieferungen an Frankreich abgeschlossen. Die Unterzeichnung der Nebenabkommen erfolgt voraussichtlich am Freitag.

Zum Wiesbadener Wiederaufbauprogramm

Rathenau will die uns auferlegten Goldleistungsverpflichtungen in Sachleistungen umwandeln. Dieser Grundgedanke ist an sich durchaus gut und richtig, denn er erleichtert die unerträglich schwere Last der Devisenbeschaffung, hemmt die Entwertung der Markvaluta und bringt unserem Wirtschaftsleben Beschäftigung. Der Fehler der Rathenauschen Politik besteht aber darin, daß dieser richtige Grundgedanke nicht folgerichtig durchgeführt ist. Rathenau bleibt auf halbem Wege stecken. Das beweist folgende Betrachtung:

Wir müssen jährlich an unsere Feinde 2 Goldmilliarden an festen Zahlungen leisten. Hierzu kommen 26 v. H. der Ausfuhrwerte als schwankende Jahreszahlung. Man muß also jährlich mit mehr als 3 Milliarden Goldmark rechnen. Hiervon erhält Frankreich 52 v. H. oder 1,6 Milliarden Goldmark. Von diesem Betrage soll uns nach dem Wiesbadener Abkommen aber nur ein kleiner Bruchteil gutgeschrieben werden, selbst dann, wenn wir die 1,6 Milliarden voll in Waren liefern. Die Größe der Sachleistungen gibt Rathenau auf 7 Milliarden Goldmark an bei einer Lieferfrist von 4½ Jahren. Diese Summen sollen uns nur allmählich im Verlauf von vielen Jahren angerechnet werden. Bis zur vollen Anerkennung dieser Leistungen soll uns Frankreich nur 5 v. H. Zinsen gutschreiben. Deutschland muß also Schulden abzahlen, ohne daß ihm der volle Betrag seiner Zahlungen voll angerechnet wird. Deutschland wird, wie Rathenau sich ausdrückt, hierdurch der Bankier Frankreichs. Der nicht gutgeschriebene Teil unserer Leistungen sind unsere Vorleistungen. Diese Vorleistungen werden nach Rathenau von Frankreich verlangt, damit es nicht in eine weitere Inflation gerate, wenn der Schuldner Deutschland mehr oder schneller liefert, als es dem Londoner Ultimatum entspricht.

Nun müssen diese Sachleistungen von der deutschen Regierung dem deutschen Lieferanten in Papiermark bezahlt werden. Dadurch muß Deutschland seine bereits ungeheuerliche Inflation noch mehr vergrößern. Außerdem muß Deutschland bei seinen Feinden dauernd die größten Kredite aufnehmen, um die Reparationszahlungen leisten zu können. Frankreich hingegen steht finanziell viel besser da. Es ist daher abwegig, daß Herr Rathenau im Wiesbadener Abkommen auf die Inflationsgefahr Frankreichs mehr Rücksicht genommen hat als auf die Deutschlands.

Im Privatleben verstößt es gegen Recht und Billigkeit, gegen Treu und Glauben, also gegen die Geschäftsmoral, wenn Leistungen, die ein Schuldner seinen Gläubigern macht, ihm nicht sofort voll und ganz angerechnet werden. Derartige Grundsätze wie die obigen im gegenseitigen Verkehr zweier Staaten aufzurichten, erscheint gänzlich unangebracht.

Zu den jährlich zu zahlenden 3 Goldmilliarden kommt in diesem Jahre aber noch 1 Goldmilliarde für Besatzungskosten und Schulden aus dem Ausgleichsverfahren hinzu, das die Verrechnung unserer Vorkriegsschulden und Vorkriegsguthaben mit den Feinden betrifft. In diesem Jahre haben wir also 4 Milliarden abzudecken, davon weit mehr als 3 Goldmilliarden in Devisen. Eine Verringerung unserer Devisenlast und eine Stützung der Reichsmark wird also durch die Rathenauschen Abmachungen ebenso wenig erreicht wie eine Hemmung der Inflation. Diese Tatsachen hätten Herrn Rathenau veranlassen müssen, den deutschen Verhältnissen mehr Rechnung zu tragen.

Auch in der erwarteten Hebung unserer Beschäftigung infolge des Wiesbadener Abkommens denkt Rathenau viel zu optimistisch. Bei Kohle, der am meisten zu Buche stehenden deutschen Lieferware, ist schon jetzt ein Nachlassen der Dringlichkeit der französischen Nachfrage festzustellen. Die französische Industrie will gar nicht, daß Deutschland allzu große Reparationsaufträge erhält, weil sie dadurch eine Stärkung der deutschen Wirtschaft befürchtet.

Aber auch die Rathenauschen Organisationspläne sind abwegig. Er will zwar keine Zwangswirtschaft, bedacht aber seine Organisation mit Zwangsbestimmungen aller Art. Die Fachverbände sollen in Leistungsverbände umgewandelt und so geschäftsfähig gemacht werden. Ihr Zusammenschluß soll in reiner Selbstverwaltung erfolgen. Rathenau sagt, diese Leistungsverbände seien nötig, für die Verteilung der Aufträge an Massenhandelswaren, den sogenannten „marchandises banales". Nur die Lieferungen der Spezialwaren könnten der freien Vereinbarung zwischen dem deutschen Lieferanten und dem französischen Interessenten überlassen werden. Für die Massenhandelswaren sei eine einheitliche Organisation nötig, weil auf französischer Seite eine einheitliche Bestellerorganisation bestehe. Dieser müßten bei uns Länder- und Fachverbände gegenüberstehen. Ueber ihnen solle ein Verband der Verbände als rein private Organisation ohne behördliche Eingriffe gebildet werden. Seine Satzung liegt im Entwurf vor und solle von den Gewerkschaften noch begutachtet werden.

Bei den Rathenauschen Plänen ist aber von einer wirtschaftlichen Privatorganisation und von einer Selbstverwaltung nicht mehr die Rede. Die Eingriffsmöglichkeiten des Ministers sind außerordentlich groß. Die Zwangsvorschriften sind außerordentlich zahlreich. Wir haben in unserem Wirtschaftsleben viele Tausende von Verbänden, die durch freiwilligen Zusammenschluß entstanden sind. Das Zusammenschweißen dieser Verbände zu 25 bis 30 Leistungsverbänden, wie Rathenau es vor hat, erscheint ohne Zwang unmöglich und bedeutet eine Revolutionierung des gesamten industriellen Verbandswesens und damit unserer Wirtschaftsorganisation. Unsere Wirtschaftsverbände sind aber die stärkste Stütze unserer Wirtschaft. Sie sind leicht zerstörbar, aber sehr schwer wieder aufzubauen. Es ist ein gefährliches Beginnen, durch Zwang Hand an die Verbände zu legen.

Wozu soll ferner die Mitwirkung der Gewerkschaften für die Erörterung der Organisation und der Aufgabe der Leistungsverbände der Lieferanten herangezogen werden? Soll eine Mitwirkung der Gewerkschaften in den Leistungsverbänden festgelegt werden? Hier handelt es sich doch nicht um Arbeiterfragen, sondern um kaufmännische und technische Angelegenheiten, sowie um Fragen der rein industriellen Organisation. Die Mitwirkung der Gewerkschaften läßt sich im Sinne einer beratenden Teilnahme bei der Erörterung der wichtigsten allgemeinen Fragen ermöglichen. Eine solche Regelung entspräche auch der Scheidelinie, die die Zentralarbeitsgemeinschaft nach der Revolution selbst gezogen hat. Warum will Herr Rathenau nicht dieselbe Regelung vornehmen wie die Reichseisenbahnverwaltung? Dort ist erst kürzlich bei den Vergebungsstellen eine Zuziehung von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern durchgeführt worden, aber es wurde ausdrücklich festgelegt, daß diese Organisation nicht in die Entscheidung und Verantwortung bei Vergebungsstellen und des übergeordneten Ministeriums eingreifen kann, die verfassungsmäßig festgelegt ist.

Auch die von Herrn Rathenau festgelegte Regelung der Preisfrage ist bedenklich. Sie ist im Wiesbadener Abkommen nur theoretisch gelöst. Man kann auf wissenschaftlichem Wege wohl zu einem richtigen Index und damit zu einer nachträglichen Preisregelung kommen und den Preisstand in Frankreich für deutsche Lieferungen berücksichtigen. Das Erfordernis rechtzeitiger Kalkulation verlangt aber, daß man bereits bei der Bestellung weiß, was man für die Ware erzielt. Die Rathenauische Regelung kann eine ständige Quelle für Beschwerden und Klagen werden, die das deutsch-französische Abkommen unerträglich belasten. Die Verantwortung für das Wiesbadener Abkommen fällt dem Wiederaufbauminister allein zu.

Das Wiesbadener Abkommen

Berlin, 6. Oktober.

In dem Wiesbadener Hauptabkommen bekunden die beiden Regierungen ihren Willen, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch Lieferung bzw. Bestellung von Einrichtungs- und Betriebsgegenständen und von Baustoffen in möglichst großem Umfange zu bewirken. Es handelt sich mithin um Sachlieferungen im Sinne der Anlage IV des Teiles 8 des Friedensvertrages. Die Durchführung der Lieferung soll auf beiden Seiten durch privatrechtliche Organisationen erfolgen. Die Lieferungen der deutschen Organisation laufen neben denen des Reiches aus Anlage III (Schiffe), Anlage 5 (Kohlen und Kohlenprodukte) und Anlage 6 (Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Produkte) zu Teil 8 des Friedensvertrages.

In dem Verfahren der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages kann nach einer Kündigungsfrist von einem Jahr zurückgekehrt werden. Die deutsche Regierung darf jedoch diese Kündigung frühestens am 1. Mai 1923 für den 1. Mai 1924 aussprechen.

Für die Lieferungen aus dem Abkommen gilt die Einschränkung, daß sie Frankreich lediglich für Zwecke des Wiederaufbaues verwenden darf. Die zugunsten Deutschlands bzw. der Lieferungsorganisation auf Grund des Abkommens entstehenden Kredite und die dieser Organisation gehörigen, in Frankreich befindlichen Waren und Barbeträge sind dem in § 18 der Anlage II zu Teil 8 des Friedensvertrages evtl. vorgesehenen Zugriff Frankreichs entzogen. Zu den Lieferungen ist die deutsche Organisation nur insoweit verpflichtet, als sie mit den Produktionsmöglichkeiten Deutschlands, den Bedingungen seiner Rohstoffversorgung und den inneren Bedürfnissen seines sozialen und wirtschaftlichen Lebens vereinbar sind. Der Gesamtwert der Leistungen auf Grund der Anlagen 3, 5 und 6 zu Teil 8 des Friedensvertrages und der Lieferungen auf Grund des Abkommens soll bis zum 1. Mai 1926 7 Milliarden Goldmark nicht überschreiten.

Die Lieferungen sollen erfolgen durch unmittelbare freie Vereinbarung der deutschen und französischen Organisationen. Für den Fall, daß eine Vereinbarung nicht zustande kommt, ist zwischen sogenannten marchandises banales und den sogenannten marchandises speciales zu unterscheiden. Unter ersteren werden Waren fungibler Art, wie Holz, Glas und dergleichen, sowie Seriengegenstände verstanden, unter letzteren solche Waren, bei denen es dem Besteller auf den besonderen Charakter des Einzelstückes ankommt, wie industrielle Einrichtungen, Maschinen usw. Bei dem Banalmaterial entscheiden bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung eine Kommission über Lieferungsmöglichkeiten und Preis-, Transport-, Lieferungs- und Abnahmebedingungen endgültig. Die Kommission setzt sich zusammen aus drei Mitgliedern, einem Deutschen, einem Franzosen und einer dritten, gemeinsam bestimmten oder vom Schweizer Bundespräsidenten ernannten Person. Für die Preisfestsetzung, soweit sie nicht in freier Vereinbarung erfolgt, stellt die Kommission vierteljährlich ein Preisverzeichnis für alle in Frage kommenden Gegenstände auf, das ungefähr dem normalen französischen Inlandspreise des betreffenden Erzeugnisses abzüglich der französischen Zollgefälle und der Transportkosten des betreffenden Bestellvierteljahres entspricht. Ist der in dem Preisverzeichnis erstellte Preis niedriger als der Preis für die gleichen Waren in Deutschland, so ist Deutschland nur verpflichtet zu liefern, soweit diese Preisdifferenz nicht größer ist als 5 Prozent. Der Wert dieser Verlustlieferung wiederum kann höchstens 5 Prozent des Gesamtwertes der Lieferungen des betreffenden Jahres betragen. Kommt für Spezialmaterial eine Verständigung nicht zustande, so kann die französische Regierung auf das Lieferungsverfahren nach Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages zurückgreifen, jedoch nur, soweit die Gegenstände in den an Deutschland früher übergebenen Listen bereits enthalten sind.

Die Zahlungen an die deutsche Lieferungsorganisation geschehen durch die deutsche Regierung. Dieser wird der Wert der Lieferungen auf Reparationskonto gutgeschrieben. Dabei unterscheidet das Abkommen drei Zeitabschnitte, bis zum 1. Mai 1926, bis zum 1. Mai 1936 und die Folgezeit. Die Lieferungen im ersten Zeitabschnitt werden Deutschland nicht im vollen Werte, sondern nur mit 35 Prozent des Wertes gutgeschrieben. Beträgt der Wert der Lieferungen aus dem Abkommen in einem Jahre weniger als eine Milliarde Goldmark, so werden in diesem Jahre 45 Prozent des Wertes dieser Lieferungen gutgeschrieben. Der Höchstbetrag, der Deutschland in einem Jahre einschließlich der Lieferungen aus Anlagen 3, 5 und 6 zu Teil 8 des Friedensvertrages gutgeschrieben werden darf, ist eine Milliarde Goldmark. Der Betrag des in den einzelnen Jahren nicht gutgeschriebenen Wertes der Lieferungen trägt einfache Jahreszinsen zu 5 Proz.

Am 1. Mai 1926 werde die Restbeträge zusammengerechnet. Die so gewonnene Summe ist in zehn gleichen Jahresraten bis zum 1. Mai 1936 nebst den fällig werdenden einfachen Zinsen gutzuschreiben. Bei den Lieferungen vom 1. Mai 1926 ab wird grundsätzlich der volle Wert (nicht nur 35 Prozent bzw. 45 Prozent) gutgeschrieben, jedoch darf die jährliche Gutschrift einschließlich der fälligen Jahresraten aus dem Restbetrage der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis zum 1. Mai 1926 zusammen mit dem Wert von Lieferungen aus den Anlagen 3, 5 und 6, soweit sie nicht bis dahin erledigt sind, auch jetzt eine Milliarde Goldmark nicht überschreiten. Beträgt der Gesamtwert der Leistungen einschließlich der Nichtausführung der Anlagen 3, 5 und 6 bis zum 1. Mai 1926 mehr als sieben Milliarden Goldmark, so ist der überschießende Betrag innerhalb dreier Monate ab 1. Mai 1926 Deutschland voll gutzuschreiben, ohne Rücksicht auf die Regelung der sonstigen Gutschriften.

Am 1. Mai 1936 ist wiederum festzustellen, welche Beträge etwa Deutschland noch gut hat. Dieser Saldo ist nebst 5 Prozent Zinsen und Zinseszinsen in vier Halbjahresraten 1936 und 1937 abzutragen. Alle Gutschriftbestimmungen gelten mit der Maßgabe, daß keine Jahresgutschrift höher sein darf als der Anteil Frankreichs, 52 Prozent, an den gemäß Artikel 4 des Londoner Zahlungsplanes zur Verteilung unter die Alliierten gelangenden deutschen Annuitäten.

Vom 1. Mai 1936 ab kann Deutschland alle Leistungen ablehnen, soweit durch ihre Ausführung der von Frankreich in einem Jahre äußerstenfalls gutzuschreibende Betrag (52 Prozent der Annuität) überschritten werden würde.

Wiesbaden, 6. Oktober.

Die Minister Rathenau und Loucheur sind heute mittag hier eingetroffen. Loucheur, in dessen Begleitung sich der Vorsitzende der Interalliierten Kommission in Koblenz, Tirard, befand, wurde vor dem Hotel „Nassauer Hof" von einer Ehrenkompagnie Marokkaner empfangen. In Begleitung Rathenaus befinden sich außer Staatssekretär Müller die Ministerialräte Kunze, Murpel und Fischer, Baron v. Stein und Geh. Legationsrat Koepke.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110071-13/fragment/page=0001

Preußischer Landtag

w. Berlin, 6. Oktober.

Das Haus setzte die **Beratung des Handelsetats** fort. In Verbindung damit wird die große Anfrage des Abg. **Knoth** (Komm.) über die **Stillegung der Höchster Farbwerke, der Elektrowerke zu Griesheim und der Kunstseidefabrik Kelsterbach** beraten.

Abg. **Meyer**-Ostpreußen (Komm.) beantragt, für die **Opfer von Oppau** 5 **Millionen Mark** zu bewilligen, und diesen Antrag heute mit zur Beratung zu stellen. Die Kosten könnten durch entsprechende Kürzung der Ausgabenposten für die Schutzpolizei aufgebracht werden. Auch für die Not in Sowjetrußland stellen wir den gleichen Antrag.

Ein **Zentrumsabgeordneter** **bekämpft den auf Sowjetrußland bezüglichen Teil** des Antrages.

Abg. Siering (S.) weist darauf hin, daß die Hauptredner schon gesprochen und sich zu dem **Antrag betr. Oppau** nicht mehr äußern könnten. In der Sache seien **alle Parteien für den Antrag**. Man müsse diesen daher besonders auf die Tagesordnung setzen.

Damit ist der Antrag **Meyer** zunächst erledigt.

Abg. **Knoth** (Komm.) begründet seine Interpellation und greift Haus und Regierung wegen nicht rechtzeitiger Unterstützung der Oppauer Opfer an. Aber das passe ins kapitalistische System genau wie die willkürliche Ausdehnung der Arbeitszeit und die schmachvolle Behrlingsnichtzeit. Da Redner den Handelsminister **Fischbeck** einen **Kuhhälter des Kapitalismus** nennt, fordert ihn der Präsident auf, sich zu mäßigen. Als Redner fortfährt, dem Minister wissentliche Unwahrheiten vorzuwerfen, erhält er einen **Ordnungsruf**.

Abg. **Ullmer** (N. S.): **Eine Verbreiterung der Regierungskoalition nach rechts** gefährde eine Revision des Versailler Friedens ebenso wie eine befriedigende Regulierung der oberschlesischen Frage. Auch wir verfolgen die Wiesbadener Verhandlungen mit großem Interesse und erwarten davon in erster Linie eine Berücksichtigung des deutschen Handwerks. Wir hoffen, daß der Minister unserem im Reichstage eingebrachten Antrag auf Besteuerung des Börsenverkehrs zustimmen wird. Den Ausschußanträgen stimmt Redner im allgemeinen zu. Die Gewährung des **Promotionsrechtes** an die **Handelshochschule Berlin** lehnt er ab.

Abg. **Hartmann** (Dem.) schildert die sozialpolitischen Aufgaben des preußischen Handelsministeriums und hofft auf die Unterstützung des Ministeriums durch alle, die es gut mit unserem Volke meinen. Auch wir wollen am Achtstundentag nicht rütteln, fordern aber, daß er auch voll ausgenutzt wird. Den Oppauer Antrag der Kommunisten lehnen wir ab, weil er agitatorischen Zwecken dient.

Damit schließt die Besprechung. Der unabhängige Antrag auf weiteren Ausbau des Fach-, Fortbildungs- und Gewerbeschulwesens wird mit den Stimmen von rechts und links gegen die Mitte angenommen. Die Sätze über freie Schule und freie Lehrmittel werden abgelehnt.

Die Mehrbewilligungen des Ausschusses für Beamtenstellen im Handelsministerium werden angenommen. Die Streichung des Börsenkommissars wird abgelehnt. Die vom Ausschuß eingeführte Erhöhung der Unterhaltungskosten für die Berufsschulen auf 28 Millionen Mark wird angenommen. Der unabhängige Antrag, die Kosten der gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung von 1 auf 2 Millionen zu erhöhen, wird abgelehnt. Die Messeunterstützung in Breslau, Köln, Frankfurt und Königsberg mit je 2 Millionen Mark wird angenommen, ebenso die Zuschüsse von 5 Millionen Mark für Haushaltungsschulen. Im übrigen werden die Anträge des Ausschusses unverändert angenommen, darunter diejenigen über die Heranziehung entsprechend vorgebildeter Frauen als Beamte im Handelsministerium, das selbständige Promotionsrecht der Berliner Handelshochschule, ein Freibezirk im Königsberger Hafen, den Ausbau von Emden und die Oberregulierung. Der Antrag **Braun** (Soz.), in der Landesauskunftsstelle für entsprechende Vertretung der gewerkschaftlichen Organisationen zu sorgen, wird angenommen. Der Sechsuhrladenschluß wird abgelehnt.

Der Antrag **Dr. Grund** (Dem.) auf Verbesserung der Unfallversicherungsvorschriften aus Anlaß des Oppauer Unglücks wird angenommen. Der deutschnationale Antrag wegen Ausbaues des Elkinger Hafens geht an den Ausschuß. Die Interpellation wegen der Stillegung der Betriebe wird für erledigt erklärt. Damit ist der Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung erledigt.

Der Etat der Münzverwaltung wird nach kurzer Debatte erledigt, ebenso derjenige der Porzellanmanufaktur zu Berlin mit einer Erhöhung der Ausgaben für Erweiterungsbauten von 20 000 auf 100 000 Mark, der Etat des Gesetzsammlungsamtes und der Etat des Reichsanzeigers.

Frau Abg. **Wegscheider** (Soz.) führt Klage über den mangelhaften Parlamentsdienst im „Staatsanzeiger", zumal doch die im gleichen Verlage erscheinende „Deutsche Allgemeine Zeitung" durch Staatsaufträge subventioniert wird.

Abg. **Meyer**-Ostpreußen (Komm.) greift das W. T. B. an, dessen Berichterstattung im „Reichsanzeiger" zum Abdruck gelange und das noch heute Hofnachrichten bringe. Seine Berichterstattung sei vielfach geradezu falsch, z. B. die aus englischen Blättern zum Teil mangelhaft, wie z. B. die Wiedergabe der Direktionsmeldungen von Oppau. Beim Etat der Lotterieverwaltung beantragen die Kommunisten Einstellung der Lotterie oder Verwendung ihrer Ueberschüsse für wohltätige Zwecke. Ein Antrag des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten will den Präsidenten als künftig wegfallend bezeichnen.

Nach kurzer Debatte, in deren Verlauf ein Regierungsvertreter für die Beibehaltung des Präsidenten eintritt, weil eine so große Verwaltung nicht ohne Spitze sein könne, wird der **kommunistische Antrag abgelehnt**. Der andere Antrag wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt und der Etat der Lotterieverwaltung angenommen.

Abg. **Schulze**-Neukölln (Komm.) erhielt einen Ordnungsruf, weil er die Lotterie als Schwindelunternehmen bezeichnete und den Staatskommissar Weismann schwer beleidigte.

Morgen vormittag 11 Uhr kleinere Vorlagen und Anträge sowie Volksanfrage.

Die Regierungsbildung in Thüringen

Der neue Landtagspräsident.

Wie die „Rote Fahne" mitteilt, hat in Weimar eine Besprechung zwischen den Fraktionen der beiden sozialistischen Parteien und der K. P. D. stattgefunden. Man hatte sich darüber verständigt, daß die beiden ersten eine **rein sozialistische Regierung** bilden, und daß die Kommunisten sie **unter gewissen Bedingungen unterstützen** sollen. Ein Vorschlag der S. P. D., daß alle drei Parteien eine Linksregierung bilden sollten, wurde von den Kommunisten abgelehnt, weil sie grundsätzlich die **Räterepublik** erstreben. Sie wollen aber das Zustandekommen einer sozialistischen Regierung durch ihre Stimmen ermöglichen und sich alles weitere vorbehalten, je **nach der Politik**, die die neue Regierung treiben wird. Eine Zusicherung, daß sie etwa alle Gesetze der Regierung annehmen werden, wird von vornherein abgelehnt. Aber die finanziellen Mittel, also den **Etat**, wollen sie unter Umständen formell bewilligen, d. h., wenn die Gesamtpolitik der Regierung sie befriedigt und wenn die **angeforderten Mittel durch die besitzenden Klassen aufgebracht** werden. Außerdem soll sich die thüringische Regierung dafür einsetzen, daß **keine reichsgesetzliche Regelung** dieser Art der Aufbringung im Wege steht. Die thüringischen Kommunisten möchten also zugleich einen Einfluß auf die Steuerpolitik des Reiches ausüben. Sie verschern außerdem, daß sie trotz ihrer grundsätzlichen Ablehnung der bürgerlich-demokratischen Republik diese gegen alle Angriffe von **rechts** mit allen Mitteln verteidigen wollen.

Das sächsische Vorbild ist doch zu verlockend, deshalb muß es schleunigst in Thüringen nachgeahmt werden. Immerhin scheinen doch selbst den Demokraten Bedenken gegen eine derartige „Regierung" aufgestiegen zu sein, denn die „Voss. Zeitung" schreibt ganz kleinlaut, daß die Erfahrungen, die man mit der Unterstützung einer sozialistischen Regierung gemacht hat, doch keineswegs ermutigend seien.

*

Der Thüringer Landtag hielt gestern seine erste Sitzung ab. Er beschäftigte sich nur mit der **Wahl des Präsidiums**. Dieselbe hatte folgendes Ergebnis: Zum 1. **Präsidenten** wurde der **Mehrheitssozialist Leber**-Jena einstimmig gewählt, zum 1. Vizepräsidenten **Baum** (Landbund) mit 44 Stimmen und der Unabhängige Drechsler zum 2. Vizepräsidenten mit 39 Stimmen. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, einen dritten Vizepräsidenten zu wählen, wurde mit den Stimmen der Linken abgelehnt.

Die Beratungen über die Regierungsbildung

w. Berlin, 6. Oktober.

Die **interfraktionellen Verhandlungen** der vier Parteien, die über die **Regierungsbildung in Preußen** zusammengetreten sind, wurden heute früh fortgesetzt. Ein Abschluß ist noch nicht erzielt worden, doch hat sich in den Verhandlungen Uebereinstimmung in einigen grundlegenden Fragen ergeben. Die Verhandlungen sind im übrigen für **streng vertraulich** erklärt worden. Sie werden im Laufe der letzten Woche fortgeführt.

An den heutigen Besprechungen über die Umbildung des preußischen Kabinetts beim preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald nahmen außer dem Landtagspräsidenten Leinert laut „B. Z." vom Zentrum die Abg. Herold, Steiler, Grün, von den Demokraten Oeser, Jansen und Schreiber, von der Deutschen Volkspartei die Abg. von Krause, von Campe und Leidig, von den Sozialdemokraten Bartels, Siering, Limbertz teil.

Nochmals „Letzte Neuheit"

Unsere „Letzte Neuheit" überschriebenen **sieben Zeilen** über die Meldung der „Allg. Ztg.", daß **soeben** eine neue politische Partei, die „Deutschsoziale Partei", gegründet worden sei, haben die „Allg. Ztg." gewaltig in Harnisch gebracht. In einer längeren Auslassung behauptet sie nochmals, sie wisse „**aus bestinformierter Quelle**", daß die „unter Führung Knüppelfunges" — dieser Ausdruck ist sonst nur in der demokratisch-sozialistischen Presse vom Schlage des „Berliner Tageblatts" üblich — stehende deutschsoziale Partei tatsächlich erst Anfang Oktober entstanden und vorher niemals an die Oeffentlichkeit getreten sei. Wenn die „Hallesche Zeitung" demgegenüber behauptet, diese Partei sei schon vor dreiviertel Jahren gegründet worden, so beweise sie damit nur, daß sie **schlecht** informiert sei und deshalb in Zukunft besser täte, sich erst bei ihr, der trefflich unterrichteten „Allg. Ztg.", Auskunft zu holen, ehe sie sich unterfange, die letztere zu korrigieren .....

Zur Sache ist zu sagen, daß die Meldung über die angebliche Neugründung der Deutschsozialen Partei vorher, ehe sie in der „Allg. Ztg." als Sensationsnachricht, aus Berlin datiert, erschien, in der demokratischen „Vossischen Zeitung" gestanden hatte. So weit wir sehen, ist sie von der „Vossischen Zeitung" in kein anderes Blatt übergegangen — von der „Allg. Ztg." in Halle selbstverständlich abgesehen! Auf die Meldung der „Vossischen Zeitung" hatte die „Deutsche Tageszeitung" vorgestern unter der Ueberschrift „**Wünsche, wohl geruht zu haben!**" folgendes geantwortet:

„Unter der Ueberschrift „Deutsch-sozial, die letzte Neuheit", berichtet die „Vossische Zeitung" heute morgen über die Gründung der Deutsch-sozialen Partei als **eines Ereignisses der letzten Tage** und meint, der Abgeordnete Hergt habe davon „schon Kenntnis gehabt", als er im Reichstag davon sprach, daß es noch rechts von seiner Partei politische Gruppen gäbe, mit denen die Deutschnationalen nichts zu tun hätten, und deren Radikalismus man nicht auf das Konto seiner Partei buchen dürfe. Die „Vossische Zeitung" hat recht: der Abgeordnete Hergt hatte davon „**schon Kenntnis**", denn es handelt sich bei der Gründung der Partei um eine Sache, die **bereits etwa dreiviertel Jahr zurückliegt**; und ebenso alt ist das Programm, das **die so ausgezeichnet unterrichtete** „Vossische Zeitung" heute ihren Lesern als latest novelty auftischt. Vielleicht hat das Blatt die Freundlichkeit, sich **nunmehr den Schlaf etwas aus den Augen zu reiben** und künftighin nicht wieder dreiviertel Jahr hinter den Ereignissen im Sturmschritt herzueilen. Zuweilen kann nämlich die **rechtzeitige Kenntnis** solcher Dinge für die Möglichkeit **größerer Objektivität**, als die „Vossische Zeitung" sie vielfach beweist, ganz nützlich sein."

Den letzten Satz ganz besonders zu beherzigen, hätte auch die „Allg. Ztg." in Halle allen Anlaß! Nach dieser Entgegnung der „D. T." zog die „Voss. Ztg." es vor, ihren Reinfall durch kluges Schweigen vergessen zu machen, während die „Allg. Ztg." durch langatmiges Geschwätz den ihrigen in aller Oeffentlichkeit ordentlich bekannt zu machen bestrebt ist!

Es geht doch so leicht nichts über „bestinformierteste Quellen" und politisch-journalistische Geschwätzigkeit .....

Mordprozeß Hemberger. Das Schwurgericht II Berlin verhandelt am Donnerstag gegen die 36jährige Frau Elisabeth Hemberger und deren Neffen, den 23jährigen Kaufmann Walter Proße, die beschuldigt werden, am 11. Dezember 1918 den Ehemann der Frau Hemberger, Oberlehrer Dr. Hemberger, ermordet zu haben. Ferner ist die 24jährige Frau Frieda Weise wegen Beihilfe angeklagt.

W. Neue Erzlager in Tirol. Dem „Allgemeinen Tiroler Anzeiger" zufolge sind in der Umgegend von Imst Erzlager entdeckt worden, die anscheinend so reich sind, daß sich der Abbau lohnen würde, wenn die nötigen Kapitalien für die Anlagen aufgebracht werden könnten.

Rose Ferron

50] **Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.**

(Nachdruck verboten.)

Meran trat heran mit gezogenem Hut, er drückte Rose stumm die Hand und ließ sich dann dem Prinzen vorstellen. Er berichtete: „Wir haben soeben einen jungen Offizier begraben, der sich erschossen hat. Unbegreiflich, mitten im Kriege".

„Es gibt viel Unbegreifliches hier", erwiderte der Prinz und sah zu Rose herüber.

„Er war schon in den letzten Monaten sehr merkwürdig. Rex hatte ihn im Lazarett — ich glaube nicht, daß ihm langes Leben beschieden war," schloß Meran.

„Paralyse?" fragte der Prinz gleichgültig. „Eine Liebesaffäre, Durchlaucht", berichtete Meran und schaute Rose ebenfalls an. In dem Augenblick begannen die Glocken zu läuten. Rose schwieg. Ueber das sonnenbeglänzte, regentrische Land zogen die Rauchschleie der Fabriken wie Wolken.

Sie hatten nicht darauf geachtet, daß sich der Himmel aufgehellt hatte und daß Signale riefen. Es waren Flieger gemeldet. Meran empfahl sich.

Von den Höhen ringsum sah man plötzlich langsam die Fesselballons aufsteigen, die die Stadt wie mit einem Netz unsichtbaren elektrischer Fäden umspannten. Leicht und klein, wie Kinderballons stiegen sie himmelan und standen zwischen Himmel und Erde still. Es war das Gefahrzeichen: Luftgefahr.

Alle verließen den Friedhof, die Wagen rollten eilends der Stadt zu.

„Kommen Sie, Rose."

Sie gingen. Sie hatten den Wagen vorausfahren lassen. Und Franz Eugen begann von neuem, auf sie einzureden. „Ich beschwöre Sie, gehen Sie fort von hier, aus diesem gefährdeten Gebiet. Man weiß nicht, was der Morgen Ihnen bringt. Ich werde nicht ruhig sein, wenn ich zu Hause bin, ich denke immer an Sie . . . mehr wie je . . . Sie sind allein, Rose . . ."

Als sie fortfuhr, geradeaus zu blicken, und die kleinen, hellen Ballons zu zählen, es waren gerade vierundzwanzig . . . „Erhöhte Luftgefahr", fuhr er dringender fort. „Nehmen Sie die alte Dame meinetwegen mit, das Schloß ist geräumig genug, es liegt so reizend, geschützt, mitten im Wald. Sie können Sport treiben, jagen, fischen, reiten, ich habe ein wundervolles Pferd für Sie . . . meine Frau — würde sich sehr freuen . . ."

Er wiederholte alles, was er ihr in seinen Briefen vorgehalten hatte, nur dringlicher und wärmer, durch ihre Nähe beunruhigt. — Sie waren eben in die Vorstadt eingebogen, als ein furchtbares Krachen in der Luft ertönte, so dicht vor ihnen, daß sie wie geblendet mitten auf der Straße stehenblieben. Kinder liefen schreiend über den Weg, Ziegel prasselten von den Dächern, vor ihnen lief ein Soldat in den Torweg eines dreistöckigen Hauses hinein. Sie hatten gerade noch Zeit, in das gegenüberliegende Haus zu flüchten, als die Erde erbebte von einem ohrenzerreißenden Gebrüll, Knattern und Krachen, dem dumpfes Gepolter folgte und Schreien, wie von verwundeten Tieren, man hörte Menschenstimmen, die um Hilfe riefen.

Rose lehnte wie ohnmächtig gegen die Wand des dunklen Torwegs, in den er sie gerissen hatte. Als sie wieder hinaustraten, lag die Gasse sonnenbeschienen da, von Glasscherben, Ziegeln und Sprengstücken bedeckt. Das Haus mit dem Torweg war verschwunden. Ein Riesenpuppenhaus starrte sie an. Die vordere Front war zusammengestürzt und in sich niedergebrochen. Man sah tapetenbekleidete Wände, an denen Bilder hingen, zertrümmerte Möbel, Vorhänge, die in Fetzen herabhingen, und drei Männer trugen einen Toten aus den Trümmern des Torwegs heraus, es war der Soldat, der mit seinem Brief zum Briefkasten gelaufen war, und die Buben sammelten eifrig Sprengstücke in ihre Mützen.

„Wie können Sie hier bleiben?" wiederholte der Prinz, noch bleich von dem Schrecken um sie. Er sah ihr Leben täglich einer solchen Gefahr ausgesetzt. „Wenn ich Macht über Sie besäße, Rose, hier ließe ich Sie keinen Tag länger, das ist ja ekelhaft, solche unnützen Verwüstungen."

Noch unter dem Eindruck des Schreckens schien sie zu schwanken. Sie sah vor sich diese Ahne, die vor dem Toilettenspiegel ihre Jungfer geärgert hatte, und die dann abgedankt wurde, eben dieser Jungfer wegen. Fürstengunst . . . Ach nein, sie wußte genau, wie alles kommen und wie es enden würde. Auf der Fahrt nach dem Kirchhof hatte sie ihm mit einem Nein geantwortet, als er kam, sie zu trösten, sie wiederzusehen, sie mitzunehmen . . . Es sah gewiß böse hier aus, die Flieger täglich, der Feind vor den Toren, die Stadt konnte jeden Tag eingeäschert oder gestürmt werden, aber dennoch . . .

Es war die Treue gegen die Heimat und die Gewißheit, daß, wenn sie nachgab, sie ihm verfallen war, diesem Zauber, den die Gefahr umgibt.

Beide fühlten es . . . Sie sah, wie ein Sonnenstrahl schmeichelnd über das verblaßte Pastell der Ahne glitt, die sich an ihrem Bubertitch im Negligé hatte malen lassen, bei der Morgenschokolade. An diesem Tisch, vor demselben Spiegel, der ihren feinen stolzen Nacken widergab, hatte sich ihr Schicksal vollzogen, eine abgedankte Mätresse . . .

Sie blieb fest. „Es ist meine Heimat und er liegt hier und mein Vater. Ich kann nicht — zu Ihnen kommen. Sie wissen selbst am besten, warum."

* * *

Es war wie eine steinerne Ruhe über Rose gekommen, seit sie allein war, ein innerliches Befestigtsein und eine Sicherheit, die sie früher nicht besaß.

„Das muß sie von der Mutter haben", dachte Frau Lucy, die ihre Enkelin heimlich beobachtete. Sie hatte ihre geliebte Wohnung in St. Aux ausgeräumt und sich hier eingerichtet, die Möbel wurden in ihren beiden Mädchenzimmern untergebracht. Das überflüssige wurde verkauft.

„Mein drittes Leben", dachte Rose, als sie wieder am Fenster ihres Mädchenzimmers stand und zu der alten Theresienkirche hinüberlief. Zum erstenmal fragte sie sich, wovon leben wir eigentlich?

Bis dahin hatten andere für sie gesorgt. Die Damen Ferron waren sichtlich gealtert, und es war etwas Nervöses, Unruhiges über sie gekommen; die unsichere Lage der Stadt und der Heimat ängstigten sie. Was wird aus uns, wenn der Krieg verloren ist?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110071-13/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 7. Oktober.

Die Halleschen Hausbesitzer gegen das Mietseinigungsamt

50 Prozent nur bei Nachweis der Zubußen?

Die Halleschen Hausbesitzer kennen eine Behörde, die ihnen das Leben noch sauer macht, als es für den Grundbesitzer heute schon ohnehin ist. Sie haben sich neuerlich über eine Entscheidung des hiesigen Mietseinigungsamtes beim Wohlfahrtsministerium mit folgender Eingabe beschwert:

Halle a. S., den 17. September 1921.

An das
Wohlfahrtsministerium,
Berlin.

Sehr geehrter Herr Minister!

Der Endesunterfertigte Verein erlaubt sich, dem Herrn Minister Nachstehendes mit der Bitte ergebenst zu unterbreiten, dem hiesigen Mietseinigungsamt Anweisung zu geben, bei ihren Urteilen sich streng an das Gesetz zu halten.

Durch Beschluß des Bezirksausschusses und durch Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Halle a. S. ist die Höchstmiete bis zu 50 % für Wohnungen, und 60 % für gewerbliche Räume festgesetzt worden.

Das Mietseinigungsamt hat bei seinen letzten Entscheidungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß, falls der Hausbesitzer den Höchstsatz von 50 % verlangt, er den Nachweis erbringen müßte, daß das Grundstück Zubußen erfordert. Die Ansicht, daß der Nachweis schon bei 50 % erbracht werden muß, verstößt direkt gegen das Gesetz, denn in § 10 steht:

„Im einzelnen Falle kann dem Vermieter auf Antrag für einen fest zu bestimmenden Zeitraum durch das Einigungsamt ein über den Höchstsatz der Miete hinausgehender Zuschlag zur Miete zugebilligt werden, wenn er nachweist pp."

Hiernach geht doch klar hervor, daß der Nachweis nicht erbracht zu werden braucht, wenn der Zuschlag sich innerhalb der zulässigen 50 % bewegt.

Weiter erlauben wir uns auf Folgendes hinzuweisen:

Da für Halle der Höchstsatz von 50 % auch nicht annähernd ausreicht, ist es dem Hausbesitzer nicht möglich, etwas an seinem Grundstück zu tun, infolgedessen gehen hier die Grundstücke langsam aber sicher dem Verfall entgegen.

Wir sprechen die Hoffnung aus, daß es endlich gelingen möge, dem Hausbesitzer dasjenige an Mietszuschlägen zu geben, was er zur Erhaltung seines Besitzes, nicht nur in seinem Interesse, sondern auch zum Wohle und zur Erhaltung der Gesundheit seiner Mieter, notwendig hat.

Geschäftsstelle des Haus- und Grundbesitzer-Vereins zu Halle a. S.
Barfüßerstraße 15.
ges.: Blumentritt.

In die Gewerkschaft deutscher Volkslehrer!

Uebertritt der Bezirksvereinigung Merseburg des Neuen Preußischen Lehrervereins.

Uns wird geschrieben:

In der stark besuchten Versammlung der Bezirksvereinigung Merseburg des Neuen Preußischen Lehrervereins in „St. Nikolaus", die Lehrer Malsdorf-Biederitz bei Magdeburg leitete, wurde ein wichtiger Beschluß gefaßt. Nach dem ausführlichen Vortrag des Lehrers Hermessen-Gelsenkirchen (der dem Junglehrerverband und dem Vorstand der Gewerkschaft angehört) über Aufgaben und Ziele der Gewerkschaft deutscher Volkslehrer, beschloß die Vereinigung mit großer Mehrheit nach langer, lebhafter Debatte, in die Gewerkschaft deutscher Lehrer einzutreten. Sie folgte dem Berliner Beschluß des Landesverbandes, der seine Mitglieder zu diesem Beitritt verpflichtet und dabei den Neuen Preußischen Lehrerverein bestehen läßt. Nach der Verordnung vom 15. November 1918 ist den Beamten das Recht der Koalition grundsätzlich gewährleistet. In harter, bitterer Not ringen die Landlehrer in niedrigster Ortsklasse um eine bescheidene Lebensmöglichkeit, nur durch eine geschlossene Standesorganisation können sie Gleichstellung erreichen. Die akademischen Stände lehnen bei Verfolgung ihrer Ziele die Trennung nach politischen Parteien und Konfessionen ebenfalls ab. Vier Vereine, der Preußische Junglehrerverband, der Neue Preußische Lehrerverein, der Deutsche Volksschullehrerverein und die Landeluk, schlossen sich zu diesem straff disziplinierten Wirtschaftsverband auf neutraler Grundlage zusammen. Das Programm der G. D. V. lautet: Erkämpfung eines Einheitslehrerstandes, Durchführung der kollegialen Schulleitung, gleiche Besoldung in Stadt und Land bei gleichen Pflichtstunden unter Fortfall der Ortsklassen. Als Beitrag wurden monatlich 10 Mark und für den Neuen Preußischen Lehrerverein 1 Mark festgesetzt. Dafür erhält jeder Lehrer das Organ „Der Volkslehrer" kostenlos, sowie den Rechtsschutz, Haftpflichtversicherung usw. Auch in Hannover, Westfalen, Rheinland und Schlesien sieht es günstig für die Gewerkschaft aus. Der Leiter des Gewerkschaftsbundes in der Provinz Sachsen wurde der allbewährte Herr Krusekopp-Lettin, 2. Vorsitzender Lehrer Ankebrand-Behritzsch bei Eilenburg, Geschäftsführer und Kassierer die Herren Mende- und Teutschel-Hohenmölsen, für Lehrerinnen Frl. Ulefilleda-(Kyffh.); Fortbildungsabteilung: König-Reideburg; Presse: Hennig-Uftrungen, und Wohlfahrtspflege: Köhler-Spalda.

Aus dem Haushaltsausschuß

Erhöhung des Straßenbahntarifs. — Ablösung der Zwangseinquartierung. — Erhöhung der Theatergagen.

Der Arbeitersängerchor und der Männergesangverein von 1911 hatten der Stadtverordnetenversammlung ein Gesuch eingereicht, ihnen aus der für Gesangvereine bereitgestellten Summe einen Betrag zu bewilligen. Der Magistrat teilte mit, daß außerdem noch fünf Anträge vorlägen. Deshalb wurden die Gesuche dem Magistrat als Material überwiesen, der dann eine Vorlage machen wird, in welcher Höhe die einzelnen Vereine Berücksichtigung finden können. — Dem evangelischen Kirchenmusikverein für die Provinz Sachsen wurden aus Kap. 25, 11 2000 Mark zur Deckung des bei seiner kürzlich veranstalteten Musikaufführung entstandenen Fehlbetrages bewilligt. — 1000 Mark wurden der Krieger-Sanitätskolonne als Beihilfe zur Beschaffung von Verbandmaterial und zur Herstellung eines Krankenwagens zugewiesen.

Infolge der Steigerung der Löhne bei der Städtischen Straßenbahn ist mit einer

Mehrausgabe von jährlich 2 Millionen Mark

oder für den Rest des Etatsjahres von 1 Million Mark zu rechnen. Um den städtischen Etat nicht mit einem Fehlbetrag zu belasten, ist deshalb eine Erhöhung des Straßenbahntarifs unbedingt erforderlich. Die Steigerung ist in der Höhe vorgesehen, daß die Mehrausgaben dadurch gedeckt werden, so daß es voraussichtlich bei dem etatsmäßigen Fehlbetrag verbleibt. Es soll kosten eine Fahrt von zwei Teilstrecken in Zukunft 80 Pfg., statt bisher 70 Pfg., bei drei Teilstrecken tritt eine Erhöhung von 80 Pfg. auf 90 Pfg. ein. Der Preis für eine Fahrt von mehr als drei Teilstrecken bleibt mit 1 Mark unverändert. Die Fahrscheinhefte werden von 6,50 Mark auf 7,50 Mark erhöht (für zwei Teilstrecken), von 8 Mark auf 9 Mark (für drei Teilstrecken). Die steuerfreien Arbeiterwochenkarten werden von 7 Mark auf 8 Mark erhöht, die steuerpflichtigen Wochenkarten von 7 Mark auf 9 Mark. Die Schülerkarten bleiben unverändert. Der Preis für die Monatskarten wird von 60 Mark auf 70 Mark heraufgesetzt. Ein Sonderwagen wird in Zukunft 20 Mark, statt bisher 15 Mark, kosten. Man rechnet bei dieser Erhöhung der Tarife auf einen Verkehrsrückgang von 5 Prozent, so daß sich eine Mehreinnahme von jährlich 2,1 Millionen ergeben würde.

Im November 1919 waren für den Umbau der Umformerstationen bei der Straßenbahn 830 000 Mark bewilligt worden. Aus dem Erlös alter Maschinen erhoffte man eine Einnahme von 200 000 Mark, bei der Ausführung der Umbauten sind in Wirklichkeit 1 485 000 Mark Unkosten entstanden. Der Verkauf der Maschinen hat einen Mehrerlös von 100 000 Mark erbracht, so daß über die veranschlagte Summe hinaus 555 000 Mark ausgegeben worden sind. Die Höhe dieser Summe erregte allgemeines Befremden, ist aber durch die Steigerung aller Preise in der Zwischenzeit bedingt urd mußte wohl oder übel nachbewilligt werden. Sie soll aus den Betriebseinnahmen gedeckt werden und in fünf Jahresbeträgen in den Etat der nächsten Jahre eingestellt werden.

Bei der Erhöhung der Gehälter für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind bisher die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses (Arbeiterrat) nicht berücksichtigt worden. Sie erhalten bisher ein Entgelt von 1200 Mark im Monat, wovon noch einige Abzüge abzurechnen sind, sodaß sich in Wirklichkeit die Bezüge auf 1 000 045 Mark stellen. Die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses nehmen für sich in Anspruch, daß sie im Monat August durch ihre Tätigkeit den Einwohnern der Stadt bei Berechnung des neuen Brotpreises eine Summe von 200 000 bis 350 000 Mark durch ihr Eingreifen gerettet haben, die sonst zuviel gezahlt worden wären. Der Magistrat hält die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses auch weiterhin für nötig, da er für die Preisprüfungsstelle wertvolle Dienste leistet, besonders beim Uebergang zur freien Wirtschaft. Auch für das Wohnungsamt und für das Mietseinigungsamt sind die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses ausnahmsweise tätig. Der Magistrat wird ermächtigt, über die im Etat vorgesehenen 50 000 Mark hinaus die Bezüge für die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses zu erhöhen. Die erforderlichen Mittel werden im Betrage von 15 000 Mark bereitgestellt. Die Mitglieder sollen dieselben Teuerungszuschläge erhalten, wie die Beamten. Die Vergütung für die einzelnen Mitglieder werden durch den Magistrat festgesetzt.

Bei dieser Gelegenheit wurde darüber Klage geführt, daß die Brotmarkenausgabestelle für den Stadtteil Cröllwitz sehr weit entfernt liege. Der Magistrat wies darauf hin, daß

statt der früheren 39 Markenausgabestellen jetzt nur noch 10

vorhanden seien und daß dementsprechend die einzelnen Stellen nicht mehr so bequem gelegen seien können. Der Abbau der Hilfskräfte ist soweit vorangekommen, daß jetzt nur noch 125 Personen in Aushilfsstellen tätig sind, ein weiterer Abbau sei beabsichtigt.

Dem Antrag des Magistrats, dem Verbande der Kreise und Gemeinden in der Provinz Sachsen und in Anhalt beizutreten, stimmte der Ausschuß zu unter der Bedingung, daß die Stadt Halle, wie auch Magdeburg und Erfurt, einen Sitz im Vorstande dieses Verbandes erhält. Der Beitrag von 12 000 Mark wurde bewilligt.

Bei unverschuldetem Wasserverlust wurde bisher eine Vergütung von 10 Pfg. je Kubikmeter erstattet. Diese Festsetzung rührt aus dem Juni 1898 her bei einem Wasserpreise von 18 Pfg., und entspricht nicht mehr den heutigen Verhältnissen, wo der Wasserpreis 1 Mark je Kubikmeter beträgt. Daher wurde die Rückvergütung neu auf 30 Prozent des jeweiligen Wasserpreises festgesetzt.

Die Terrainggesellschaft in Diemitz hatte für die Versorgung der industriellen Anlagen in Diemitz ein eigenes Wasserwerk errichtet mit einem eigenen Rohrnetz. Inzwischen hat die Landgemeinde Diemitz einen Vertrag mit der Stadt Halle abgeschlossen, nach welchem die Wasserversorgung von Diemitz durch die Stadt Halle erfolgt. Ein Teil der Industrieanlagen, die für die Wasserversorgung in Frage kommen, liegt aber in Büschdorfer Flur. Diese möchten nun gleichfalls an die städtische Wasserversorgung angeschlossen werden. Die Interessenten haben die Kosten für den Anschluß zum größten Teil selbst aufgebracht. Der Rest von 8000 Mark wird bewilligt. Mit der Gemeinde Büschdorf ist ein Vertrag abgeschlossen, wonach sie das Wasser zu dem jeweiligen Halleschen Preis erhält mit einem Aufschlag von 4 Pfg. je Kubikmeter.

Vielfach ausgesprochenen Wünschen nach

Ablösung der Zwangseinquartierung

trägt eine Magistratsvorlage Rechnung. Von den 4165 Wohnungen mit mehr als 4 Zimmern sind bisher 2100 mit Zwangsmietern belegt. Daß die Zwangseinquartierung nicht das Ideal in der Lösung der Wohnungsfrage darstellt, ist allgemein anerkannt, und die Schwierigkeiten werden auf beiden Seiten gleich schwer empfunden. Die Magistratsvorlage sieht vor, daß die Zwangseinquartierung entweder durch Geld oder durch Herstellung neuer Wohnungen abgelöst werden kann. Da die Einzelheiten der Vorlage in ihrer Tragweite noch nicht übersehen werden konnten, beschloß der Ausschuß, die Angelegenheit zu vertagen, um eine gründliche Durchberatung zu ermöglichen.

Für die Erhöhung der Theatergagen wurde ein Betrag von 848 000 Mark angefordert. Wie dieser Mehrbetrag gedeckt werden soll, blieb vorläufig offen. Es wurde auf die allgemeine Vorlage für die Mehrbesoldung verwiesen. Jedenfalls wird eine Erhöhung der Theaterpreise kaum in Frage kommen können. Nach der neuen Vorlage wurden die Mindestbezüge für die Chormitglieder auf 1200 Mark, für die Orchestermitglieder auf 1300 Mark, für die Solomitglieder auf 1500 Mark festgesetzt. Dazu treten dann noch die Kinderzulagen wie bei den städtischen Beamten. Das Gehalt für den Theaterintendanten wird von 40 000 Mark auf 50 000 Mark erhöht.

Für die Opfer des Unglücks in Oppau wurden dem Magistrat 50 000 Mark aus Kapitel 25, 11 zur Verfügung gestellt. Der Magistrat wird ermächtigt, aus dieser Summe den Betrag nach Oppau zu überweisen, der nach den Richtlinien des Städtetages festgesetzt wird.

Außerordentlicher Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt im D. H. V. in Halle

Anläßlich der 25jährigen Wiederkehr des Gründungstages der Ortsgruppe Halle des D. H. V. fand am Sonntag ein außerordentlicher Gautag des Gaues Sachsen-Anhalt statt. Gauvorsteher Richter-Magdeburg, der die Verhandlungen leitete, hielt einen Vortrag über „Die wirtschaftspolitische Lage und die deutschen Kaufmannsgehilfen". Von den Wirkungen des Friedensvertrages auf die deutsche Wirtschaft ausgehend, betonte Redner, daß dieser Vertrag den Ruin der deutschen Wirtschaft und die Lähmung der Weltwirtschaft zur Folge haben müßte. Ferner beleuchtete Redner den Sozialisierungsgedanken und stellte die sozialistische Form schon um deswillen als undurchführbar hin, weil wir abhängig sind von den Feindbundstaaten. Eine weitere Schwierigkeit, die dem Wiederaufbau entgegensteht, ist die Geldentwertung. Redner ging alsdann auf die Stellungnahme des Verbandes zu dem Kapitel Kapital und Arbeit ein und führte aus, daß der D. H. V. den Standpunkt vertrete, daß Kapital und Arbeit unlösbar miteinander verbunden seien. Alsdann beleuchtete Redner die erhöhten Anforderungen, die an den Verband zurzeit auf sozialpolitischem und kulturpolitischem Gebiet gestellt seien. Die tariflichen Erhöhungen im Gau Sachsen-Anhalt bewegen sich zwischen 25 und 30 Proz. Zum Schluß führte er noch aus, daß es Aufgabe des Verbandes sein muß, die Mitglieder zu schulen in allen wirtschaftspolitischen Fragen. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache.

Dem Gauvorsteher Richter wurde im Anschluß an seinen Vortrag anläßlich seines 25jährigen Dienstjubiläums im D. H. V. ein Geschenk überreicht.

Alsdann sprach der Verbandsvorsitzende Bechly-Hamburg über die kommende Beitragserhöhung und über die allgemeinen Aufgaben des Verbandes in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Wollen wir, so führte Redner aus, im Mittelpunkt stehen, so bleibt uns der Kampf um die politische Führung nicht erspart. Wir müssen uns ferner für die gesamte nationale Arbeiterbewegung verantwortlich fühlen. Es wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der die Erhaltung und der Ausbau der Angestelltenversicherung gefordert wurde. Der Antrag der Beitragserhöhung wurde angenommen.

Es sprach alsdann noch der Gaujugendobmann Thönes-Magdeburg über die Jugendarbeit des D. H. V., dem sich noch einige Fachgruppensitzungen und eine Jugendführerbesprechung anschloß.

Vereins-Nachrichten

— **Deutscher Freiheitstag** am 18. Oktober. Karten für die Feier im Saal 6,30 und 4,30 M. (Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 4,30 und 3,30 M.). Fackelkarten im Vorverkauf 3,50 M. (sonst 5 M.) in den bekannten Verkaufsstellen.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Fritz Krella mit Margarethe Ude. — Paul Ziegner mit Käthe Meyer.

Todesfälle: Walter Stark-Bennungen. — Gastwirt Franz Schrödter (53 Jahre). — Ingenieur Alfred Lythall (73 Jahre). — Otto Schröter (39 Jahr).

H.J. Sportberichte

Die Tagung der Deutschen Turnerschaft in Cassel

Unter starker Anteilnahme wurde am Montag abend in den Festsälen der Stadthalle der 17. Deutsche Turntag mit einem Begrüßungsabend eröffnet, der Zeugnis davon ablegte, daß die deutsche Turnsache eine Angelegenheit ist, dazu berufen, ein einigendes Band zwischen allen deutschen Stämmen zu bilden. Aus allen Teilen des deutschen Vaterlandes, aus den besetzten und abgetretenen Gebieten, aus Oesterreich, der Tschechoslowakei und der Schweiz waren Delegierte herbeigeeilt, die von dem Vorsitzenden des Casseler Ortsausschusses für den Deutschen Turntag in dem prächtig geschmückten Festsaal auf das herzlichste begrüßt wurden. Im Namen des Hauptausschusses der Deutschen Turnerschaft sprach Dr. Werner-Aschersleben. Seitens der Provinz Hessen-Nassau ergriff Oberpräsident Dr. Schwander-Cassel das Wort, der auch den Gruß der Staatsregierung an den Deutschen Turntag überbrachte. Für die Stadt Cassel sprach Stadtschulrat Dr. Bobritz. — In einem äußerst glücklich gewählten und geschmackvoll arrangierten Programm wurden seitens der Casseler Turnvereine turnerische Leistungen zur Ausführung gebracht. Freiübungen, Turnen am Reck, Pyramiden und Ringen wechselten mit einander ab. Mit großem Beifall wurde ein Festspiel: „Vereinigt" aufgenommen, in dessen Mittelpunkt Turnvater Jahn von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen umgeben, stand. — Der Begrüßungsabend schloß mit gemeinsamen Gesängen und der Filmvorführung der Meisterschaftskämpfe der D. T. in Leipzig. — Aus den Verhandlungen interessiert vor allem der Beschluß: „Der Turntag beauftragt den Vorstand, sofort mit den Sportverbänden in Verhandlungen über die Aenderung der Verträge einzutreten. Sollten die Sportverbände unsere Vorschläge ablehnen, so sind die Verträge bis zum 31. März 1922 zu kündigen und auf ihre vorzeitige Aufhebung hinzuarbeiten." Hoffentlich gelingt es, hier einen Weg zu finden, der eine neuerliche Trennung zwischen Turnen und Sport unmöglich macht. — Die Meisterschaftskämpfe im Geräte-, die Wettkämpfe in den volkstümlichen Uebungen und die Meisterschaftsspiele fallen im nächsten Jahre mit Rücksicht auf die deutschen Kampfspiele aus.

— **Um den Pokal des Deutschen Fußballbundes** gehen am Sonntag zum zwölften Mal die Vorrundenspiele vor sich. Es begegnen sich Süd- und Westdeutschland in München-Gladbach, Nord- und Nordostdeutschland in Stettin und Mittel- und Südostdeutschland in Breslau. Besonders die west- und südostdeutschen Vertreter werden sich einen harten Kampf liefern und alles daransetzen, siegreich zu bestehen, um in die Zwischen- und Endrunde zu kommen. Nicht minder heiß wird es in Breslau hergehen, wo der vorjährige Pokalsieger auf den südostdeutschen Verband trifft. Die Breslauer verfügen über eine recht ansehnliche Spielstärke und werden sich nicht leicht schlagen lassen, zumal sie es im April d. J. fertig brachten, die Mitteldeutschen in einem Privatspiel 3:0 abzufertigen. Norddeutschland dagegen sollte nicht allzugroße Mühe haben, über Nordostdeutschland in die Zwischenrunde zu gelangen, die am 13. November ausgespielt wird. Wir glauben, daß sich zu dieser Nord-, Süd- und Mitteldeutschland qualifizieren werden, zu denen sich der in der Vorrunde spielfreie Verband Brandenburgischer Ballspielvereine gesellt.

— **Einheitsgeräte für die deutsche Leichtathletik.** Der Technische Ausschuß der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik wird sich in einer Ende November stattfindenden Sitzung mit der Schaffung von Normalktypen für die bei den Wettkämpfen der D. S. B. benutzten Geräte beschäftigen. In Frage kommen Schlagball, Speer, Kugel, Schleuderball, Stein, Diskus und Hürden. Der Technische Ausschuß wird bis zu Beginn der Sitzung sich noch eingehend nicht nur mit den Fabrikanten, sondern auch mit den aktiven Sportsleuten ins Benehmen setzen, um einwandfreie Unterlagen für die Aufstellung der Einheitsgeräte zu schaffen. Die Lösung dieser Frage hätte allerdings schon längst erfolgen müssen, denn nur die Bewertung der erzielten Leistungen bieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110071-13/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Millionenstiftungdes Fürsten zu Stolberg-Wernigerode

Fürst Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode beging dieser Tage seinen 57. Geburtstag. Gleichzeitig jährte sich zum 25. Male der Tag, an dem er Chef des Hauses Stolberg-Wernigerode geworden war. Zum Gedächtnis an diesen Tag spendete der Fürst die Summe von 1 Million Mark, die anteilig auf verschiedene Wohltätigkeitseinrichtungen entfallen. Neben Waisenhäusern und Kleinkinderbewahranstalten der Grafschaft haben besonders der Beamtenpensionsfonds und der Beamtenunterstützungsfonds der fürstlichen Werke in Ilsenburg usw. je 1 Viertelmillion Mark erhalten. Zur Unterstützung verschämter Armer erhielt der Magistrat in Wernigerode 100 000 M.

Für die Errichtung eines Bezirkseisenbahnrats und einer Eisenbahndirektion in Leipzig

Leipzig, 6. Oktober.

In der Mittwochssitzung der Leipziger Stadtverordneten wurde einstimmig ein Antrag angenommen, in dem die Errichtung eines Bezirkseisenbahnrates und einer Eisenbahndirektion in Leipzig gefordert wird. Oberbürgermeister Dr. Rothe betonte in einer Rede, daß der Rat der Stadt die Angelegenheit, mit der er sich ebenso wie die Handelskammer, das Meßamt und der Verkehrsverein seit mehr als zwei Jahren eingehend beschäftigt hat, nachdrücklichst unterstützen werde.

— **Sangerhausen**, 6. Okt. (Die Deutschnationale Volkspartei) hielt nach längerer Sommerpause am letzten Sonntag ihre Mitgliederversammlung ab. Nach den zündenden Klängen des Flaggenliedes begrüßte der Bezirksvorsitzende Herr Dr. Luyken die Erschienenen und widmete dem scheidenden Frl. Goedel und Herrn Schultze-Bahlke warm empfundene Dankesworte und Abschiedsgrüße. Für beide dankte Herr Schultze-Bahlke, ausklingend in den Mahnruf, drei Dinge als Leitstern des privaten und politischen Lebens sich zu eigen zu machen: Deutsch und damit national zu sein, selbstlos zu sein und auf Gott zu vertrauen. — Nach erfolgten Ergänzungswahlen zum Vorstande und Annahme der neuen Satzungen erhielt der Vorsitzende des Kreisvereins, Herr Dr. Stenzel, der für den telegraphisch zur Fraktionssitzung nach Berlin gerufenen Reichstagsabgeordneten Hemeter dankenswerterweise eingesprungen war, das Wort zu seinen treffenden und lichtvollen Ausführungen. Besonders erwähnt sei daraus die scharfe Geißelung der Regierungsmaßnahmen gegen die Ausbreitung des nationalen Gedankens, die Ablehnung und Verurteilung des Erzbergermordes und die scharfe Kritik über die neudeutsche Verwaltungs- und Regierungskunst. Aeußerst interessant waren seine Ausführungen über die Teuerung, den Wucher und die Landwirtschaft. Bereits seit einer Reihe von Wochen sind durch den Landesverband in Halle als auch den Kreisbezirk Sangerhausen Verhandlungen zur Linderung der Not geführt worden, die das Ergebnis zeitigten, daß die Mitglieder des Landbundes aus freien Stücken die Brotration nicht nur, wie gewünscht, auf 2000 Gramm, sondern sogar auf 2150 Gramm erhöhten. Es ist dies eine soziale Tat, für die unsere angeseindeten Landwirte Dank verdienen. Des weiteren soll noch versucht werden, für Kleinrentner, Witwen und Kriegsbeschädigte billiges Brotgetreide und Erbsen zu schaffen. Mit dem gemeinsam gesungenen „Deutschland, Deutschland über alles" schloß der inhaltreiche und harmonisch verlaufene Nachmittag.

— **Königerode** (Südharz), 6. Okt. (Ein Zigeunerfest). veranstaltet vom hiesigen Burschen- und den beiden Schützenvereinen, bildete am Erntedankfeiermachmittage, begünstigt vom herrlichsten Oktoberwetter, eine Volksbelustigung reizvollster Art. So viel Fremde hatten die Straßen unseres Harzdörfchens lange nicht gesehen. Vom Burschenverein war eine etwa aus 40 sehr nett kostümierten Personen bestehende Zigeunerbande zusammengestellt, die um 1 Uhr mit 5 originellen Wohnwagen vor dem Günthersche Gasthause „Halt" mochte und ein reges Bettelgeschäft im Dorfe entwickelte. Des Raubes zweier Jungfrauen verdächtigt, ergriff die Bande die Flucht nach dem wundervollen Gelände der Taurothmiesen im nahen Wippertal. Die Verfolgung wurde sofort von den beiden Schützenvereinen aufgenommen. Unter klingendem Spiel zog auch die tausendköpfige Zuschauermenge mit ihnen hinaus. Hier nun entfaltete sich dem Zuschauer ein buntes Bild eigendster Art. Zigeunerlagerleben, lustige Tänze auf sonniger Wiese, harte Bedrängnis der Bande durch die von zwei Seiten sprungweise vorrückenden Verfolger, Kanonenschüsse, Pistolenschüsse, Befreiung der Entführten, Abbrennen ihrer Strohhütten, — dann friedliches Beisammensein bei Konzertmusik und erfrischenden Getränken und endlich ein fröhlicher Heimzug füllten die Nachmittagsstunden in abwechselungsvollster Weise aus.

a. **Köthen**, 6. Okt. (Eine große Zuckerknappheit) macht sich seit einiger Zeit hier geltend. Nirgends ist Zucker zu haben trotz des gesetzlich gewährleisteten Freihandels, der ja erst für die neue Ernte gilt. Von der letzteren ist aber der erste Zucker schon in diesen Tagen zu erwarten. Die Zuckerfabrik Glauzig, die bereits im September mit der Rübenverarbeitung begann, wird noch im Laufe der Woche die erste fertige Ware herausbringen, die sofort den Kaufleuten zugeführt und von diesen in einzelnen Pfunden an die Kundschaft abgegeben wird. Es handelt sich zunächst aber nur um Melis; Raffinade, deren Herstellung mehr Zeit erfordert, ist frühestens in drei Wochen zu erwarten. Der Preis im Einzelhandel dürfte sich nach einer Mitteilung aus Fachkreisen auf etwa 4,40 M. das Pfund stellen.

Kleine Provinznachrichten

Die Postautolinie **Altenburg—Waldenburg—Glauchau** wird am 12. Oktober dem allgemeinen Verkehr übergeben. Vorläufig sollen die Wagen täglich zweimal verkehren. * Der bekannte Fuchsturm bei Jena soll in nächster Zeit eine wesentliche bauliche Veränderung erfahren, und zwar sollen vornehmlich die Wirtschafts- und Wohnräume erweitert werden. * Zwischen Molkenhaus und Torfhaus bei **Harzburg** hat der Stiftlub Braunschweig eine Gedenktafel zu Ehren der im Weltkriege gefallenen Mitglieder errichtet. * Die Besitzer mehrerer Rittergüter und Domänen in der **Koburger** Gegend haben sich verpflichtet, entsprechend dem Vorbild anderer Gegenden, für jeden Acker einer Kartoffelanbaufläche für die Minderbemittelten wenigstens zwei Zentner zum Preise von höchstens 20 M. zur Verfügung zu stellen.

— **Rudolf Stratz: Belladonna.** Novellen. — Verlag von Egon Fleischel & Co., Berlin W. — Preis 12 M. — Rudolf Stratz zählt zu den meist gelesenen und beliebtesten Romanschriftstellern. Um ihn als Novellisten zu würdigen, ist sein seit langem vergriffener Novellenband „Belladonna", der jetzt in neuer Gestalt und erweiterter Form erscheint, sehr geeignet. Ungeteiltes Lob verdienen auch die in den Band neu aufgenommenen Novellen. „Der Fremdenlegionär" behandelt das — man möchte sagen leider — immer noch aktuelle Thema der Leiden, Gefahren und Verfolgungen, die einen Deutschen, der aus Abenteuerlust, Verfehlung oder Leichtsinn sich der Fremdenlegion anschließt, erwarten.

Volkswirtschaftlicher Teil

Die Postüberwachung der Steuerbehörde

Von Dr. Roeder, Berlin.

In jüngster Zeit mehren sich die Klagen über die allzulang andauernde Beförderung von Auslands-Einschreibebriefen. Natürlich trägt, was vorweg betont werden soll, daran die Reichspost nicht die geringste Schuld. Denn diese ist ja nach der leider immer noch gültigen Verordnung des vormaligen Rates der Volksbeauftragten vom 15. November 1918 (R.-G.-Bl. 1924) und den Anordnungen des Reichsministers der Finanzen verpflichtet, die betreffenden Sendungen nach ihrer Ankunft den sogenannten Postüberwachungsstellen zuzuführen.

Die Postüberwachung wird also im steuerlichen und wirtschaftlichen Interesse aufrecht erhalten und von Beamten des Reichsfinanzministeriums besorgt, deren Dienststellen, soviel wir unterrichtet sind, bei den Postämtern in Berlin W. 8, Emmerich, Frankfurt a. M., Köln-Deutz und Karlsruhe (Baden) sich befinden (vergl. Post-Nachr.-Bl. 1921, 171). Wie aus der angezogenen Quelle hervorgeht, sind die Postüberwachungsstellen in München, Stuttgart, Linden Königsberg i. Pr. und Hamburg eingegangen. Sendungen, die früher für diese Stellen bestimmt waren, werden nunmehr von den jetzt noch bestehenden Ueberwachungsstellen übernommen und besorgt. Insbesondere gelangen die Sendungen aus den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen und aus den Freistaaten Sachsen und Thüringen an die Ueberwachungsstelle Köln-Deutz.

Die Postüberwachung dehnt sich auf Einschreibebriefe, Wert- und Geldsendungen aus, neuerdings auch auf Pakete aller Art (also gleichfalls auf die gewöhnlichen Postpakete) aus. Die eingetroffenen Briefe werden von den Ueberwachungsstellen geöffnet und von ihren sprachkundigen Beamten gelesen. Wir haben aber feststellen müssen, daß nicht alle Ueberwachungsämter mit ausreichendem sprachkundigem Personal arbeiten. Deshalb werden diejenigen Briefe, die man nicht lesen kann, hilfsweise einer anderen Ueberwachungsstelle übersandt, und hieraus entsteht die vielen Aufgebern ganz unerklärliche Verzögerung des Transportes. Daß eine derartige langsame Erledigung nicht zum Nutzen des deutschen Außenhandels sein kann — noch dazu, wenn man bedenkt, daß auch die Sendungen aus den Provinzen Brandenburg, Schlesien, Sachsen und den beiden Freistaaten Sachsen und Thüringen den weiten Weg zur Ueberwachungsstelle Köln-Deutz machen müssen — liegt auf der Hand.

Briefe, in denen die Ueberwachungsstelle Schecks, Geldanweisungen und Bargeld vorfindet, gelangen nicht zur Absendung, sondern mit der Aufforderung an den Absender zurück, durch eine Bank das Geldgeschäft besorgen zu lassen. Wer das nicht will, der kann seine Schuld und ohne daß es dafür eines besonderen Nachweises bedarf, bis zur Höhe von 20 000 Mark im Wege des Postscheckverkehrs durch Ueberweisung begleichen. Derzeit ist dieser Verkehr aber nur nach Freistaat Danzig, Schweiz und Ungarn im Auslandsverkehr möglich. Es bleibt dem Versender somit nur der Postanweisungsweg noch offen. Hier bieten sich wieder große Schwierigkeiten: Die meisten Länder verbieten schriftliche Mitteilungen auf dem Postanweisungsabschnitt und dann muß jeder Versender der 3000 Mark und darüber hinaus auf gewöhnliche oder telegraphische Postanweisungen einzahlt, der Postanstalt über den Inhalt und Zweck des Geschäftes Aufklärungen geben und möglichst die Nachweise dazu erbringen. Bei gleichzeitiger Einzahlung mehrerer Postanweisungen von demselben Absender an den gleichen Empfänger wird der Nachweis über Inhalt und Zweck des Geschäftes, auf das sich die Zahlung bezieht, auch dann gefordert, wenn die einzelnen Beträge der Postanweisungen hinter dem Höchstbetrag von 3000 Mark zurückbleiben, der summarische Betrag derselben aber den Höchstbetrag erreicht oder übersteigt (Amtsbl. R. P. 1916 S. 87 und 479; 1920 S. 227). Der Postfiskus hat also hier das Inquisitionsverfahren für den Steuerfiskus übernommen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei hier folgendes besonders hervorgehoben: Nach § 2 des Kapitalflucht-Gesetzes dürfen Wertpapiere und auf in- und ausländische Währung lautende Zahlungsmittel nur durch Vermittlung von Banken nach dem Auslande zur Versendung kommen. Andere Zahlungsmittel von ein und dieselbe Person oder Firma können ohne Vermittlung der Banken nur dann versandt werden, wenn der Höchstbetrag des Geschäfts im Einzelfalle 3000 M. oder den nach den Tageskurse zu berechnenden Wert dieses Betrages in ausländischer Währung nicht übersteigt. (§ 6 Ziffer 2 und 4 des Kapf. 1 G).

Wir geben zu, daß die Postüberwachung leider noch notwendig ist und die Geschäftswelt wird daher angesichts unserer unerquicklichen Steuerverhältnisse diese Unbequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Besonders bei Paketsendungen ist es den Ueberwachungsstellen in der letzten Zeit gelungen, bedeutende Schiebungen aufzudecken. So wurde in Berlin im Januar eine Radiumschiebung im Werte von 1 Million Mark, im April eine Brillantenschiebung im Werte von 2 Millionen Mark und jetzt erst wieder eine Radiumschiebung im Werte von 25 Millionen Mark entdeckt. Hinter andere zahlreiche Schiebungen in Kokain, Salvarsan und Chemikalien ist man ebenfalls rechtzeitig gekommen, und in Frankfurt ist sogar der Verrat von chemischen Rezepten aufgedeckt worden, der nach oberflächlicher Schätzung einen Wert von 60 Millionen repräsentierte. Wie der Leiter der Ueberwachungsstelle Berlin W 8 mitteilt, sollen täglich von hundert hinausgehenden Briefen mindestens drei beanstandet werden. Trotzdem sind im Interesse der Geschäftswelt und der damit verbundenen Plackereien mildere Bestimmungen des Kapf. 1 G. angebracht. Die Grenze bis zu 3000 M. für Geldzahlungen entspricht nicht mehr der Zeit unseres tiefgesunkenen Geldstandes. Es würde daher sicher die Notwendigkeit vorliegen, daß man die Versendung von Zahlungsmitteln bis zum Betrage von 6000 M. als Höchstgrenze nach dem Ausland festsetzte und bis zu diesem Betrage das Nachweisgebot für den Zweck des Geschäftes aufhebt. Denn die bisherige Höchstgrenze von 3000 M. Gold war nach dem Geldwerte, wie dieser bei der Schaffung des Kapf 1 G. bestand, gerechtertigt. Heute aber bedeuten 3000 M. ungefähr so viel, wie früher 300 M.; mithin entspricht die derzeitige Höchstgrenze dem früheren Werte von 600 Mark. Die Versendung solcher Beträge, selbst wenn sie ohne genügende Angaben über den Zweck des Geschäftes erfolgt, dürfte somit heute nicht mehr als „Kapitalflucht" angesehen werden. Eine Aenderung des § 6 Ziffer 4 des Kapf 1 G. in der geforderten Höhe erscheint deshalb dringend geboten.

Endlich macht sich, solange sich unser Auslands-Postscheckverkehr nicht weiter als über Danzig, Ungarn und die Schweiz ausdehnt, auch die Freigabe von Schecks, Wechsel und Anweisungen in dem geforderten Höchstbetrage von 6000 M. nötig. Daß diese Zahlungsmittel nicht mittels Brief versendet werden dürfen, erschwert unser Auslandsgeschäft und verteuert es obendrein, da sich der Versender nach Ausgabe des teuren Briefportos noch zu der Ausgabe der Geldübermittlung verstehen muß. Also in dieser Hinsicht dürfte ebenfalls eine zweckentsprechendere Aenderung des § 1 Abs. 3 des Kapf 1 G. geboten sein.

— **Kaliwerke Friedrichshall A.-G. in Sehnde, Provinz Hannover.** Die Hauptversammlung beschloß die Firma in Kaliwerke Neustaßfurt-Friedrichshall umzuändern. In den Aufsichtsrat wurde Rechtsanwalt Dr. Schmidt, Hannover, gewählt.

w. **Demag Duisburg.** Gegenüber Berichten bezüglich der Verwendung des von der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. Duisburg im Gelsenkirchener Hafen erworbenen Grundstückes, teilt die Verwaltung mit, daß dasselbe in erster Linie für die Verlegung der Gewerkschaft-Orange in Gelsenkirchen, die jetzt auf gepachtetem Boden ihren Betrieb führt, dienen soll, daß die Errichtung einer Schiffswerft dagegen noch ganz unbestimmt sei und erst für spätere Zukunft in Aussicht genommen werden könnte. Ein Kapitalbedarf bei der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. liegt nicht vor und das Gerücht von einer demnächst bevorstehenden Kapitalserhöhung sei demnach vollständig aus der Luft gegriffen.

W. **Die Diskonto-Gesellschaft** wird in Zerbst demnächst eine der Filiale Magdeburg unterstellte Zweigstelle eröffnen. Sie übernimmt gleichzeitig die beiden altangesehenen Bankgeschäfte E. Gerisch und Hermann A. Müller daselbst. Die bisherigen Inhaber dieser Firmen, Geh. Kommissionsrat Hermann Krüger, Hermann Müller und Fritz Wierwitzh treten in die Dienste der Diskonto-Gesellschaft und übernehmen die Führung der Geschäfte der neuen Niederlassung in den bisherigen Geschäftsräumen.

Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, Filiale Greiz. Der Direktor Grimm von der Allg. Deutschen Kreditanstalt wurde zur Leitung der neuen Filiale der Bank nach Magdeburg berufen. Sein Nachfolger in Greiz wird der bisherige Leiter der Greizer Reichsbankstelle, Reichsbankrat v. Richter.

tk. **Zum Porzellanarbeiterausstand.** Der Streik der Porzellanarbeiter in den Thüringer Fabriken ist jetzt allgemein. Wie der „Ang. für Mittelthüringen", Königsee, meldet, haben die Arbeiter folgende Forderungen gestellt: 100 Prozent Lohnerhöhung auf die effektiven Verdienste mit Einschluß der sozialen Zulage (für Frau 20 M., die ersten beiden Kinder 17,50 M., jedes weitere Kind 12,25 M.). Als Teuerungszulage werden verlangt: Ueber 24 Jahre 600, von 20—24 Jahre 500, von 18—20 Jahre 400, von 16—18 Jahre 300, von 14—16 Jahre 200 M. Außerdem Begahlung für jede Betriebsstörung. Volle Anerkennung des § 616 des B.-G.-B., 3—4 Wochen Urlaub. Mitbestimmung bei Einstellung und Entlassung. — Der § 616 B.-G.-B. enthält die Bestimmung, daß der Arbeitnehmer seinen Lohn weiter erhält, wenn er eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden an der Arbeit verhindert wird, daß er sich jedoch die fälligen Kranken- und Unfallversicherungsbeträge auf den Lohn anrechnen lassen muß.

Waren- und Marktberichte

Berliner Viehmarkt vom 5. Oktober.

Auftrieb 2776 Rinder, 1725 Kälber, 5249 Schafe, 6551 Schweine, 312 Ziegen, 320 Schweine aus dem Memelgebiet, 63 Bakonier, 154 Litauer. Preise für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen 450—675 Mk., Bullen 425—650 Mk., Kühe 250—775 Mk., Kälber 550—1250 Mk., Schafe 200—650 Mk., Schweine 1000 bis 1475 Mk. Handel in Rindern langsam. Ueberstand. Kälber in guter Ware glatt, sonst ruhig. Schafe ruhig. Ueberstand in magerer Ware. Schweine ruhig.

Berliner Fettmarkt vom 5. Oktober

Butter: feinste Sachen knapp und gesucht. Für zweite Sachen regeres Interesse. Heutige Notierungen: Einstandspreis per Pfund inkl. Faß frei Berlin Ia. Qualität 29,50, IIa. Qualität 25—28, abfallende 17—23 Mk. Margarine: lebhafte Nachfrage. Schmalz: Nachfrage lebhaft. In Pure Lard in Tierces empfindliche Knappheit Preise beeinflußt durch Devisenkurse. Packerforderungen infolge steigender Notierungen an Chicago. Produktenbörse erhöht. Heutige Notierungen sind: Choice Western Steam 16,50, Pure Lard in Kleiner Packung 17,50, Berliner Bratenschmalz 17,50 Mk. Speck: gute Nachfrage, steigende Preise. Gesalzener Rückenspeck 16,50—17,50 Mk. je nach Stärke.

ss. **Rauchwarenauktion.** (Eigener Drahtbericht.) Die in Leipzig abgehaltene 85. mitteldeutsche Häute- und Fellauktion war gut besucht und stand im Zeichen eines flotten Verkaufs. Die Preise waren gegen die letzte Auktion um 30 Prozent höher.

Börsenberichte

Wie wir erfahren, werden morgen, Freitag, den 7. Oktober, an der Berliner Börse die nur zu Einheitskursen gehandelten Dividendenpapiere nicht notiert. — In der nächsten Woche finden nur am Montag und Donnerstag Börsen statt, und zwar für alle Wertpaptiere. Devisen und Noten werden wie bisher täglich notiert.

Produktenbericht. Berlin, 6. Oktober. Die Abwicklung der Produktengeschäfte leidet fortgesetzt sehr empfindlich unter der täglich zunehmenden Knappheit an Eisenbahnwagen. Mais war wegen der New-Yorker Notierung und der am Devisenmarkte eingetretenen Ermattung merklich billiger zu haben. Der Preisstand für die übrigen Getreidesorten hat sich nicht wesentlich verändert. Weizen war bei knappem Angebot in greifbarer Ware behauptet. Für bahnstehende Ware wurde etwas mehr bezahlt. In Roggen findet das Angebot nach wie vor glatte Unterkunft. In Gerste hält die Nachfrage an und in Hafer ist das Angebot knapp. Die Pferdehalter sind in zunehmendem Maße gute Käufer. Weizenmehl blieb reichlich angeboten, wogegen Roggenmehl knapp ist. In den übrigen Artikeln hat sich nichts verändert.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 6. Oktobber.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 22—24.
Haferstroh drahtgepreßt 23—28. Stroh seilgebündelt 18—20.
Langstroh seilgebündelt 21—23.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 69—77, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 65—68, gesund und trocken, 54—60.
Kleeheu 86—100, alles ab Stationen.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 6. Okt.	Preise für 100 kg in Mark.		
Raffinade-Kupfer	99—99,3 %	Zinn (Banca-Straits-Australi	
	3000-3025		7500-7550
Orig.-Hütt.-Weichblei	1100/1125	Hüttenzinnmind. 99%	7700/7100
Orig.-Hütten-Rohzink		Reinnickel (98-99%)	6200 6300
im freien Verkehr	1160/1200	Antimon (Regulus)	1175-1225
Remolted-Platten-Zink	925/975	Silber in Barren, ca 990 fein	
Orig.-Hütten-Aluminm.	98-99%	für 1 kg	2400/2425
(in gekerbten Blöckchen)		Elektrolytkupfer p. 100 kg	3577
	4700/4800	Original-Hütten-Rohzink	
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtbarren	4900/5000	ab oberschl. Hütte	—
		Preis des Zinkhüttenverbandes	1262

Devisen-Notierungen

Berlin, 6. Oktober.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	3921,95	3928,45	Paris	881,63	883,43
Brüss.-Antwerp.	866,60	868,40	Schweiz	2137,85	2142,15
Christiania	1463,50	1466,50	Spanien	1588,40	1591,60
Kopenhagen	2272,30	2277,30	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	2747,25	2752,75	Oesterr.abgest.	6,43	6,47
Helsingfors	177,30	187,70	Prag	129,85	130,15
Italien	487,—	488,—	Budapest	18,03	18,07
London	458,—	459,—	Poln. Mark	—,—	—,—
New-York	120,98½	121,3½	Buenos Aires	3945,—	3955,—

Hauptschriftleiter: Helmut Bottcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten: Ernst Messerschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Huth; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport Hans Geitling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Erich Seilheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110071-13/fragment/page=0004